

DIE FACKEL

Nr. 106

WIEN, ANFANG JUNI 1902

IV. JAHR

[Das neue Preßgesetz]

Der Entwurf des neuen Preßgesetzes, den Herr v. Koerber am 11. Juni 1902 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, bedeutet nicht weniger als die vollständige Abdikation der sogenannten Regierung zu Gunsten jener wirklichen Macht im Staate, deren Überlegenheit sie längst bebend erkannt hat und nunmehr auch offiziell anzuerkennen willens und gezwungen ist. Über diesen Eindruck vermögen die dekorativen Vorbehalte nicht hinwegzutäuschen, mit denen der Entwurf an dieser und jener unpassenden Stelle die schmachvolle Verzichtleistung auf alles, was dem Staatswesen Rückhalt und Würde leiht, durchsetzt hat. Gewiß, ganz konnte die nominelle Regierung Österreichs die Erbitterung, die sich aller Freunde des Staates und einer vaterländischen Kultur, aller ehrlich konservativen und der Phrasenfreiheit abgekehrten Geister bemächtigt hat, nicht verachten; völlig konnte sie die furchtbaren Dokumente von dem Verfall unseres Geisteslebens nicht übersehen, die in den drei Jahrgängen dieser Zeitschrift gesammelt sind. Man hat, so scheint es, in den Rezepten geblättert, auf welchen ein isolierter Arzt, der seine Tätigkeit selbst nicht allzu hoch einschätzt, gegen das epidemisch wirkende Gift beharrlich ein Gegengift verschrieben hat. Aber dieser aufgeklärte Herr Koerber sah ein, daß den Leiden des kranken Staates nur dann ein Ende werden kann, wenn Patient sich selbstmordet. So entstand das neue Preßgesetz. Anständige Absichten einsichtsreicher und unabhängiger Justizbeamten, die Auffassung der modernen Presse als einer Gefahr für den modernen Staat, die Erkenntnis der Notwendigkeit, das Publikum zu schützen, sind darin unverkennbar. Aber die Einsichtslosigkeit höhergestellter und darum abhängiger Minister, die Spekulation auf das Phrasenbedürfnis der Menge und die Erkenntnis der Notwendigkeit, sich endlich populär zu machen, haben Oberwasser behalten. So stellt der Entwurf das Ringen zweier Anschauungen und den Triumph der schlechteren dar. Was mit der einen Hand gegeben wird, wird mit der andern genommen! — klagt der Publizistik begehrtester Teil. Aber wahr ist nur, daß mit der andern Hand gegeben wird, was mit der einen genommen wurde.

In seiner trefflichen Rede zum Justizetat hatte das Mitglied des Herrenhauses, Professor Lammasch, gesagt: »Ich glaube, daß es nicht wünschenswert ist, die Strafgesetz— und Preßgesetzreform voneinander zu trennen, sondern halte es für wünschenswert, sie *pari passu* zu behandeln.« Und in der 'Fackel' sind wiederholt jene notwendigen Änderungen des Strafgesetzes besprochen worden, die erst eine gedeihliche Reform des Preßwesens ermöglichen könnten. Daß Preßreform sich zum Teil schon mit einer Reform, beziehungsweise Erweiterung des Erpressungsparagraphs deckt, ist eine der exaltierten Anschauungen des Herausgebers der 'Fackel'. Aber Herr v. Koerber meint offenbar, zwischen der Öffentlichkeit und ihrer Publizistik gebe es kei-

ne anderen Verbindlichkeiten zu regeln, als die Frage der Ehrenbeleidigung. Dies Kapitel wird im Wesentlichen durch Abschaffung der Schwurgerichte und Verweisung des Delikts vor den Einzelrichter erledigt; das strafgesetzliche Moment bleibt unverändert, und die veralteten Paragraphen, für deren Handhabung doch die Jury immerhin ein wertvolles Korrektiv bieten konnte, bleiben in Geltung. Das größte Geschenk an die Journaille: es wird auch in Zukunft die »pflichtgemäße Obsorge vernachlässigt« werden dürfen. Dabei versicherte der Ministerpräsident, der Entwurf suche »dem Strohmannertum in den Redaktionen« ein Ende zu machen. Welches »übrigens«, fügte er sogleich begütigend hinzu, »nur mehr« bei der Winkelpresse üblich sei. Wie wenn es nicht ganz gleichgültig wäre, ob im kritischen Moment ein wirklicher Redakteur oder ein schlichter Redaktionsdiener das feierliche Bekenntnis ablegt, er habe den inkriminierten Artikel weder gelesen noch zum Drucke befördert! Daß »übrigens« Setzer und Diener nicht nur bei der Winkelpresse, sondern auch bei Organen, auf deren Freundschaft Herr v. Koerber einigen Wert legt, die »Verantwortung« ausüben, kann die Regierung aus jeder zweiten Nummer der 'Fackel' erfahren. Und will uns Herr v. Koerber ernsthaft einreden, daß die Verantwortlichkeit der »wirklichen« Redakteure heute und unter der Ägide des neuen Gesetzes kein Strohmannertum sei? Wo ist außer dem verantwortlichen Redakteur der 'Fackel' der österreichische Publizist, der in den letzten Jahren vor den Geschwornen einen großen Ehrenbeleidigungsprozeß mit all dem Aufwand an Zeit, Geld und Nervenkraft über sich ergehen ließ, der bereit wäre, ihn auch dann über sich ergehen zu lassen, wenn er nicht selbst der Verfasser des inkriminierten Artikels ist? Herr v. Koerber scheint die ganze Autorität, die eine Regierung in Österreich sich noch gönnen darf, gegen jene »Winkelpresse« ins Treffen zu führen, welche — er rief's entrüstet — »auch das Lob *nicht selten* tarifmäßig abstuft«. Man denke nur! Aber gibt's dann in diesem gesegneten Vaterlande eine andere als eine Winkelpresse? Stuft denn die große Freundin des Herrn v. Koerber in der Fichtegasse das Lob anders als tarifmäßig ab? *Selten* anders als tarifmäßig! Redigiert sie doch unentwegt sogar das Lob des Kaisers, das er industriellen Ausstellern gesendet hat. Weiß das Herr v. Koerber noch immer nicht, und war er bisher wirklich der Meinung, daß es ihr bloß um die »geistige Fortbildung der breiten Schichten der Bevölkerung« zu tun sei? Im Motivenbericht zum Preßgesetz, den der Ministerpräsident selbst verfaßt haben soll, gibt er wenigstens vor, dieser Meinung zu sein ... Ich glaube, daß wir in Österreich rapide Fortschritte machen: Der Minister Gautsch konnte ohne die 'Neue Freie Presse' bloß nicht regieren. Der Minister Gleispach konnte ohne sie nicht frühstücken. Aber der Minister Koerber kann ohne sie nicht leben ... Er hat gehört, daß es Blätter gibt, die das Lob tarifmäßig abstufen. Wie schade, daß der Ministerpräsident nicht mehr über dieses Thema gehört, nicht mehr darüber verraten hat! Herr v. Koerber kennt doch von einer sommerlichen Begegnung in Ischl Herrn Jakob Herzog, Besitzer der 'Montagsrevue' und eines echten Rembrandt? Er hätte ihn, bevor er ein Preßgesetz schuf, fragen sollen, wie man es in Österreich als Eigentümer eines Winkelblattes zuwege bringt, mehr Gemälde als Abonnenten zu besitzen.

Solche und andere Fragen werden gründlichst zu erörtern sein, wenn der Entwurf des Herrn v. Koerber in den Bereich der Gefährlichkeit rücken, wenn er an die Schwelle der Tagesordnung gelangen wird. Für heute seien nur noch in aller Hast einige wichtigere Bestimmungen erwähnt, die in der Preßgesetznovelle *nicht* enthalten sind. Ich zitiere sie zu meiner Bequemlichkeit aus einem längstvergessenen Antrag, der am 5. April 1886 im Abgeordne-

tenhause eingebracht wurde. Der Antrag umfaßte mehrere Preßgesetzentwürfe. Aus dem

»Gesetz vom ..., durch welches Bestimmungen gegen den Mißbrauch der Presse getroffen werden«

seien hier die folgenden Paragraphen wiedergegeben:

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 6. Die Bestimmung des § 98 St. G. (Erpressung) findet auch auf die Drohung Anwendung, durch eine Druckschrift Tatsachen zu veröffentlichen, welche geeignet sind, jemanden in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit oder das ihm in Bezug auf die Ausübung seines Berufes nötige Vertrauen des Publikums zu gefährden.

§ 7. Des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung schuldig und nach § 100 St. G. zu bestrafen ist:

a) wer für die Verhinderung eines Angriffes von der im § 6 bezeichneten Art, oder

b) wer dafür, daß in einer Druckschrift über eine öffentliche Gerichtsverhandlung nur in einem bestimmten Sinne oder überhaupt nicht berichtet werde, die Gewährung eines Vorteiles verlangt oder denselben in Kenntnis des Umstandes, daß ihn ein anderer hierfür auf solche Art verlangt hat, annimmt.

Aus dem § 8: Wegen Vergehens ist mit strengem Arrest bis zu 6 Monaten und an Geld bis zu 2000 fl. oder mit einer dieser beiden Strafen zu bestrafen, wenn darin nicht eine schwerere verpönte strafbare Handlung liegt: wer dafür, daß in einer Druckschrift über einen Gegenstand nur in einem bestimmten Sinne oder über einen Gegenstand von öffentlichem Interesse überhaupt nicht berichtet werde, einen Vorteil verlangt oder annimmt oder dritten Personen zuwenden läßt.

§ 9. In den Fällen der §§ 7 und 8 muß auf die Einziehung, des gewährten Vermögensvorteiles und kann auch auf Leistung eines Mehrfachen desselben oder dessen Geldwertes zu Gunsten des Armenfonds des Tatortes erkannt werden.

Aus dem § 10: Wegen Vergehens wird mit strengem Arrest bis zu einem Jahr und an Geld bis zu 5000 fl. bestraft, wer in Druckschriften wissentlich falsche Tatsachen vorspiegelt oder wahre Tatsachen entstellt, um zur Beteiligung an einem geschäftlichen Unternehmen, insbesondere an einem Aktienunternehmen, zu Börsenspekulationen, zum Ankauf von Wertpapieren oder zum Lottospielen zu bestimmen.

Aus dem § 11: Wegen Vergehens wird mit Arrest bis zu drei Monaten und an Geld bis zu 1000 fl. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft:

a) wer in einer anderen als der im vorhergehenden Paragraphen bestimmten Art geschäftliche Anzeigen, welche auf Irreführung und Ausbeutung des Publikums berechnet sind;

b) wer Anzeigen über den Verkauf von Heilmitteln, deren Gebrauch von der Sanitätsbehörde untersagt ist,

in Druckschriften veröffentlicht.

§ 13. In denjenigen Fällen, für welche das allgemeine Strafgesetz strengere Strafen als das gegenwärtige Gesetz festsetzt, haben die strengeren Strafbestimmungen des allgemeinen Strafgesetzes in Anwendung zu kommen.

Ich hab's gewagt! Und ich höre schon die Empörung über die Vermessenheit, aus dem Kehrlicht des stenographischen Protokolls den finsternen Anschlag, den irgend eine »reaktionäre« Fraktion einst auf Freiheit und Fortschritt geplant hat und den man ruhig modern ließ, just jetzt hervorzuholen, da »modern« in der österreichischen Amtssprache bereits mit dem Nachdruck auf der zweiten Silbe ausgesprochen wird. So sei's denn verraten, wer die Männer sind, die jenen Antrag eingebracht haben, mit dem sie der liberalen Presse wohl das Ärgste zumuten wollten, was mittelalterlicher Haß nur zu ersinnen vermag. Vierzig Namen inhaltsschwer stehen unter jenem Antrag unterzeichnet, und ich nenne Euch: Eduard Suess, Dr. Weitlof, Hallwich, Dr. v. Derschatta, Dr. Roser, Siegmund, Pernerstorfer, Dr. Foregger, Menger. Es war der »Antrag Foregger und Genossen« ... Und so fordere ich denn jene der liberalen Antragsteller, die heute noch im hohen Hause wirken, vor allem die Herren Pernerstorfer, Derschatta und Menger auf, die Meinung, die sie im Jahre 1886 mit ihren Namen gedeckt haben und die heute wahrlich nicht veraltet ist, im Abgeordnetenhouse zu vertreten, wenn der Preßgesetzentwurf des Herrn v. Koerber zur Beratung vorgelegt wird.

* * *

[Herr v. Krieghammer und die Montan—Industriellen]

Herr v. Krieghammer ist barsch und herrisch nach unten — gegen die Delegierten aus dem Abgeordnetenhouse —, aber geschmeidig und demütig nach oben — gegen die Montanindustriellen. Am Tage des Erscheinens der letzten 'Fackel'—Nummer beantwortete er den dort erwähnten Protest des »Vereins der Montanindustriellen« gegen die Behauptung, daß nur Krupp brauchbaren Kanonenstahl für moderne Feldgeschütze herstellen könne. Der Verein hatte nur ein wenig mit seinem papiernen Protestwisch zu rascheln gebraucht, und der Kriegsminister ward so klein, daß er sich am liebsten in das Zündloch einer Kanone verkrochen hätte. Aber es wäre nutzlos gewesen: die Kanonen, dieser rocher de bronze Österreichs, sind vor den Kanonenstahlmännern nicht mehr sicher. So stammelte Herr v. Krieghammer ein paar entschuldigende Sätze: er habe eben erst erfahren, daß die Skoda—Werke ihre »Versuche über sprungsichern Kanonenstahl« beendet haben, man werde diese Versuche natürlich überprüfen, das Urteil über die Wahl des Rohrmaterials sei noch nicht gesprochen. Kurz, die Verwertung der Geschützmaterialfrage für Hausse— und Baisse—Spekulationen wird noch ein Jahr lang möglich sein. Fest steht nur, daß die Haubitzenrohre aus geschmiedeter Bronze hergestellt werden; erstens, weil die Bronze »nach unseren vergleichenden Versuchen jedem Stahlrohr gleichwertig, ja in mancher Beziehung über ist«, und zweitens, weil sie billiger ist. Herr v. Krieghammer weiß auch noch ein drittens und viertens. Und alle diese Gründe — man denke nur! — sollen bei der Herstellung der Kanonenrohre nicht mehr stichhaltig sein, weil die Skoda—Werke »sprungsichern« Kanonenstahl erzeugen? Der Kriegsminister ist durch den montanindustriellen Patriotismus augenscheinlich überwältigt. Das mag ihm hingehen. Aber mit der montanindustriellen Logik wird er niemanden überzeugen. Wahr ist, daß es ein unbedingt sprungsicheres Rohrmaterial nicht gibt; das ist — trotz größerer Zähigkeit — nicht einmal die Bronze. Wahr ist aber auch, daß das Springen eines Stahlrohres weit kostspieliger ist als das

Springen eines Bronzerohres: Das gesprungene Bronzerohr behält den vollen Materialwert, weil es eingeschmolzen werden kann; das gesprungene Stahlrohr muß als Bruch Eisen, für wenige Gulden verkauft werden. Mit dem Kanonenstahl verhält es sich eben ähnlich wie mit dem montanindustriellen Patriotismus; auch dieser könnte — wenn die Kanonenbestellungen ausbleiben — leicht einen Sprung bekommen und wäre dann wahrscheinlich wenig mehr wert.

†

*

[Konfuses aus der 'Arbeiter—Zeitung']

Der Rückzug des Kriegsministers vor den Montanindustriellen vollzog sich der 'Arbeiter—Zeitung' zufolge — siehe den Delegationsbericht in der Nummer vom 6. Juni — in der folgenden geordneten Weise.

»Reichskriegsminister Freiherr v. Krieghammer will das 'Mißverständnis' aufklären, das sich an seine Rede im Budgetausschuß geknüpft hat. Er gibt nun eine Darstellung, in welcher er die *österreichische Stahlindustrie* als der ausländischen *durchaus ebenbürtig* bezeichnet. Tatsächlich ist auch *in Folge dessen die Auswanderung* bedeutend *zurückgegangen*, so daß sie in diesem Jahr eine kaum nennenswerte Ziffer aufweist. Die Verordnung war notwendig, um die zu treffen, die sich mit der Auswanderungsagitation befaßten. Das Ausmaß der Strafe, das die Verordnung mit drei bis sechs Monaten statuiert, ist im Verhältnis zu der Strafe, die zum Beispiel im Deutschen Reich mit zwei Jahren Gefängnis festgestellt ist, eine keineswegs strenge Maßregel. Im übrigen wurden auf Grund dieser Verordnung nur zwei Personen als unbefugte Auswanderer erklärt.«

Der Leser greift sich an den Kopf. Was bat die Ebenbürtigkeit der österreichischen Stahlindustrie mit der Auswanderung zu tun, und wie konnte die Wahl der Bronze auf die Auswanderungsagitation einwirken? Von welcher Verordnung war die Rede? Hatte der Entschuldigungen stammelnde Herr v. Krieghammer den Verstand verloren? Dann weg mit ihm! Ein toll gewordener Kriegsminister: welche Gefahr für den Staat! ... Möglich wäre indes auch, daß nicht der Minister, sondern der redaktionelle Bleistift, der seine Rede kürzte, verrückt ward. Das wäre weiter kein Unglück. Redaktionelle Unglücksfälle haben noch niemals geschadet, und es wäre unbillig, die Bestrafung des schuldtragenden Redakteurs zu verlangen. Falls man ihn dennoch bestrafen will, dann tue man es wenigstens in der mildesten Form: Man mache den Mann um einen Kopf kürzer. Gewiß, er wird hernach nicht schlechter redigieren.

†

* * *

Neue Freie Heeresorganisation

Chemie, Physik, Naturgeschichte sind von den Reportern bereits reformiert. Aber noch immer neue Gebiete werden für die Neue Freie Wissenschaft erobert. Wippchen wird sicherlich nächstens als Sachverständiger für Strategie und Taktik engagiert werden. Ein ihm Ebenbürtiger hat — am 6. Juni — über »die Neuorganisation der Feldartillerie« berichtet. Die »*Korpsartillerie—Regimenter*«, so erfuhren die Leser der 'Neuen Freien Presse', *werden nach wie vor aus je 2 Kanonen—Batteriedivisionen und aus 1 Haubitze—Batteriedivision zusammengesetzt sein.*« Oh Weisheit, du redest vom Kriege

wie eine Taube! Wahr ist, daß die Feldartillerie bisher keine Haubitzen und folglich auch keine Haubitzen—Batteriedivisionen hatte. Unwahr ist, daß ein Korpsartillerie—Regiment aus zwei Kanonen—Batteriedivisionen zusammengesetzt war; wahr ist, daß es aus vier Kanonenbatterien bestand, und daß die Kanonen—Batteriedivisionen zwar bei der reitenden Artillerie organisatorische, aber bei der fahrenden Artillerie bloß taktische Einheiten waren. Wahr ist endlich, daß bei 8 von den 14 Korpsartillerie—Regimentern außer vier Kanonenbatterien je eine reitende Batteriedivision besteht. Aber die 'Neue Freie Presse' reorganisiert nicht bloß die Korpsartillerie. Es heißt weiter: »Die Divisionsartillerie—Regimenter zählen nur je 2 Kanonen—Batteriedivisionen. *Eine jede Kanonen—Batteriedivision hat 3 Batterien zu 6 Kanonen und zusammen 36 Geschütze, während sie früher nur 32 Geschütze hatte.*« Aber es ist unwahr, daß $3 * 6 = 36$ ist; wahr ist, daß $3 * 6 = 18$ ist. Wahr ist, daß ein Divisionsartillerie—Regiment — nicht eine Kanonen—Batteriedivision — künftig 36 Geschütze haben wird und bisher 32 Geschütze hatte. Wahr ist also, daß auch die fernere Behauptung der 'Neuen Freien Presse', »die Vermehrung per Batteriedivision beträgt daher 4 Kanonen« falsch ist, und falsch ist auch Wort für Wort der Rest des Artikels über die Neuorganisation der Feldartillerie. Gewiß, man kann der 'Neuen Freien Presse' Ärgeres als ihre Unwissenheit in militärischen Dingen vorwerfen, und die Leser vom Schottenring, die nicht einmal immer Mein und Dein klar zu unterscheiden wissen, nehmen es, wenn es sich nicht um den Kurszettel handelt, mit der Unterscheidung von Wahr und Falsch niemals allzu genau. Doch wer heißt die 'Neue Freie Presse', über Heeresangelegenheiten überhaupt berichten? Dafür läßt sich nur ein Grund finden: Die Kenntnis der Heeresorganisation gehört zwar nicht zur allgemeinen Bildung, wohl aber paßt die Unkenntnis der Heeresorganisation ganz gut zu der allgemeinen Unbildung, die die 'Neue Freie Presse' durch alle Spalten herausschwitzt. Seit Wilhelm's II. Wort von den Journalisten, die in Amerika auf der Rangstufe kommandierender Generäle stehen, bemüht sich der Börsenwöchner in mißverstehendem Eifer, Einfluß auf die Angelegenheiten der Armee zu gewinnen. Aber so lang »Divisionär« nicht von »Dividende« kommt, ist und bleibt dieser Einfluß ein illegitimer.

* * *

[»Tausend Hunde vertilgt«]

Im 'Neuen Wiener Tagblatt' vom 10. Juni war zu lesen:

»Minister des Äußern Graf Goluchowski beantwortet eine Interpellation der Delegierten Dobernig, Dr. Sylvester und Genossen betreffend die *Verbreitung von ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand in den Alpenländern* durch schweizerische Blätter und bemerkt, es sei allerdings vorgekommen, daß eine solche Notiz in einem unbekanntem Schweizer Blatte abgedruckt wurde, daß aber unsere Gesandtschaft, als sie davon Kenntnis erhielt, eingeschritten ist. Es hat sich gezeigt, daß es sich um den Abdruck einer Notiz gehandelt hat, die in einer deutschen Zeitung erschien, die man absolut nicht beachtet hatte. Als die betreffende Zeitung die absolute Unrichtigkeit dieser Nachricht erfuhr, hat sie sich entschuldigt, und das *Dementi* dieser Nachricht *das in österreichischen Zeitungen, speziell im 'Neuen Wiener Tagblatt' und in der 'Neuen Freien Presse' erfolgte*, ist von mehreren schweizerischen verbreiteten Blättern auf das Entgegenkommendste aufgenommen worden. Ich bitte die Herren, dies-

bezüglich beruhigt zu sein, wenn solche Fälle vorkommen, schreit unsere Vertretung stets ein. — Delegierter Dr. Sylvester: Es geschieht aber systemmäßig! — Minister des Äußern Graf Goluchowski: Wir tun, was wir können! Wir haben keinen unbedingten Einfluß auf die schweizerische Presse. Das Einzige, was wir tun können, ist, solche Nachrichten zu dementieren und dafür zu sorgen, daß ein solches Dementi aufgenommen wird.«

In der 'Neuen Freien Presse' vom 10. Juni war dieser Teil der Delegationsverhandlung gleichfalls wiedergegeben, nur mit einer kleinen Abweichung. Das Dementi, hieß es dort, sei »in österreichischen Zeitungen, speziell in der 'Neuen Freien Presse' erfolgt«. Sie gönnt nämlich der Konkurrentin nicht einmal das Dementi einer Nachricht. Aber auch der Bericht des 'Neuen Wiener Tagblatt' ist eigentlich unvollständig. Es hätte stolz darauf hinweisen können, daß es nicht nur das Dementi, sondern auch — die dementierte Nachricht veröffentlicht hatte. Graf Goluchowski will die lügenhafte Notiz bloß in einem »unbekannten Schweizer Blatte« bemerkt haben. Sie stand auch in dem ihm wohlbekanntem 'Neuen Wiener Tagblatt', auf das ihm ja im Gegensatz zur schweizerischen Presse ein »unbedingter Einfluß« zusteht. »Ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand in den Alpenländern. — das klingt allzu geheimnisvoll, um den Leser nicht auf die richtige Fährte zu bringen. Er erinnert sich, daß in Nr. 103 der 'Fackel' jene drollige Gegenüberstellung aus zwei Nummern des 'Neuen Wiener Tagblatt' erschienen ist. Am 8. Mai rief man: »Eine erfundene Nachricht!«, und am 25. April hatte es geheißen: »*Tausend Hunde vertilgt!*« Das 'Neue Wiener Tagblatt' war die Zeitung, welche gemeldet hatte, daß in Steiermark und Kärnten Hundswut herrsche und daß »gegen siebzig Menschen heuer in diesen Ländern von wütenden Hunden gebissen« worden seien. Und daß eine solche Nachricht im 'Neuen Wiener Tagblatt' weitaus größeren Schaden anrichtet als »in einem unbekanntem Schweizer Blatt«, sollte, wenn's schon der Minister des Äußern verschweigt, das 'Neue Wiener Tagblatt' aus Stolz auf seine Verbreitung zugeben.



[Das Wort »Ingenieur«]

»*Ingenieur*«, so ist im Grimm'schen Wörterbuch zu lesen, »dieses heute eingebürgerte Fremdwort für Kriegsbaumeister, Feldmesser, im 17. Jahrhundert als Bild für einen fein berechnenden Menschen überhaupt: *wer die Teutschen in ein verstand bringen woll, muesz ein kluger und sehr gut ingenieur sein.* Weidners Zinkgref 3, 158.«

Die Deutschen »in ein Verstand«, d. h. zu einerlei Meinung zu bringen: nein, so schwere Dinge sind heute den Ingenieuren nicht zugemutet. Nicht einmal Bismarck — dessen Name wohl »als Bild für einen fein berechnenden Menschen überhaupt« gebraucht werden könnte — hat diejenigen, die er unter eine Krone brachte, auch unter einen Hut zu bringen vermocht. Das Wort »Ingenieur« aber hat die bildliche Bedeutung eingebüßt und bezeichnet jetzt ganz bestimmte Tätigkeiten: wer technische Arbeiten beim Bau von Straßen, Eisenbahnen, Brücken, bei Wasserbauten und städtischen Tiefbauten, beim Maschinen— und Schiffsbau, im Hüttenwesen und in der Elektrotechnik ver-

richtet, heißt Ingenieur. Hieß wenigstens bisher so; jetzt soll das anders werden. Da kommen die Herren, die an unseren technischen Hochschulen studiert haben und noch studieren, und wollen das Wort, das nach der klassischen Autorität des Grimm'schen Wörterbuchs seit Jahrhunderten als Bezeichnung einer Berufstätigkeit eingebürgert ist, als einen Titel reklamieren, der über die Absolvierung von Hochschulstudien Auskunft zu erteilen hätte. Unser Oberingenieur ist kein Ingenieur, werden etwa die Inhaber einer großen Brückenbau—Unternehmung in Zukunft sagen müssen; und wenn sie darauf gefragt werden, was denn der Mann eigentlich sonst sei, werden sie in arge Verlegenheit geraten. Ist es erlaubt, zu sagen, er sei ein berühmter Techniker? Auch das Wort Techniker könnte die Vermutung wecken, daß er die Technik, also eine Hochschule, besucht habe. Oder soll man den Herrn, der vor zwanzig Jahren aus der Schule entlassen ward und seither selbst Schule gemacht hat, sein ganzes Leben lang einen Staatsgewerbeschüler nennen? Ich weiß nicht, ob eine solche Brückenbau—Unternehmung existiert. Jener Oberingenieur ist »nur ein Problema«. Wohl aber ist es bekannt, daß zahlreiche der hervorragenden österreichischen Ingenieure nicht aus den technischen Hochschulen hervorgegangen sind. Doch nicht nur ungerecht, sondern unmöglich wäre es, den Begriff Ingenieur zum Titel zu stempeln, wofern man nicht etwa die Ausübung der Ingenieur Tätigkeit gesetzlich von der Erlangung des Titels abhängig machen wollte. Und darum hat das Abgeordnetenhaus recht getan, die Vorlage über den Schutz des Ingenieurtitels zurückzustellen. Herr v. Hartel hatte diese Vorlage unterbreitet. Man muß indes diesem Freunde der technischen Wissenschaften, unter dessen Patronanz es die Technik in Österreich zwar noch nicht zu höheren Leistungen, aber doch schon zum Doktorat gebracht hat, die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er's gegen seine Überzeugung tat. Gegen seine Überzeugung tut der liberale Herr v. Hartel freilich auch alles andere, seitdem er Minister geworden ist. Diesmal hat er, da er Abgeordneten aller Parteien unter der Hand versicherte, daß ihm der Fall des Gesetzentwurfs sehr angenehm wäre, wenigstens keinen Schaden gestiftet. Mit dem Titelwesen aber halte man es künftighin so: Man mache Titel, die eine Stufe des Könnens bedeuten — wie den Dokortitel — selten; man entwerte dagegen unbesorgt jene Titel, die bloß eine Auszeichnung bilden. Mit der Verleihung des Regierungsratstitels an analphabetische Zeitungsschmierei ist bereits der Anfang gemacht, und das Mittel, das Ludwig Börne den deutschen Duodez—Fürsten empfahl, ihre Völkchen zufrieden zu machen — die Ernennung sämtlicher großjährigen Untertanen zu Hofräten —, wird auch bei uns probat sein. Aber Hand weg von der deutschen Sprache! Das Wort Ingenieur hat ein altes sprachliches Recht, und das soll ihm zu Gunsten der titelsüchtigen Vielversprechenden, die wenigstens für etwas gehalten werden wollen, wenn sie schon nichts halten, nicht verkümmert werden.

+

* * *

[Der Fall Schrötter]

Das Schweigen der Presse über den Fall Schrötter — bald wird es hofentlich »Schrötters Fall« heißen war kein spontanes. Jahrelang hat sich Herr Schrötter plagen müssen, bis er's erreichte, daß die Blätter ihn spontan nannten; jetzt war zu befürchten, daß sie der ihnen mühsam beigebrachten Gewohnheit zur Unzeit folgen würden. So mußte sich Herr Schrötter von neuem bemühen. Eine Redaktion nach der andern hat vor zwei Wochen seinen

Besuch empfangen. Er kam, das Unglück zu melden, das ihn betroffen, und bat um stilles Beileid. Es ward großmütig gewährt. Ob gratis oder zum gewöhnlichen Inseratenpreis, ist nicht bekannt. Aber selbst die 'Wiener Allgemeine Zeitung', deren Leser es längst satt haben, sich die ältesten Lügen als »Neuestes« aufzutischen zu lassen, und die auf keine ausnahmsweise wahre Sensationsnachricht verzichten kann, unterdrückte wenigstens den Namen des in Disziplinaruntersuchung gezogenen Professors und suchte überdies auch die Spur zu verwischen, indem sie aus dem klinischen einen Abteilungsvorstand des Allgemeinen Krankenhauses machte. Man versichert, daß sich Herr Schrötter über diese Degradation nicht beklagt hat. Möge er baldigst eine gründlichere zu beklagen haben!

* * *

[Unsere Heiratsschwindlerin]

In ihrem Abendblatt vom 27. Mai brachte die 'Neue Freie Presse' die folgende verschämte Meldung:

[Verhaftung eines Heiratsschwindlers.] In Kopenhagen wurde am 23. d. infolge Requisition der Wiener Polizeibehörde ein wiederholt abgestraftes Individuum, der angebliche Brasilianer Lars Nielsen, verhaftet, dem zur Last fällt, in Wien gegenüber zwei Erzieherinnen Heiratsschwindeleien begangen zu haben. Er hat sich hierbei als mexikanischer Plantagenbesitzer ausgegeben.

In anderen Wiener Blättern sind über diesen Fall, der immerhin ein Wiener Lokalinteresse beansprucht, weit ausführlichere Berichte erschienen. So brachte z. B. das 'Fremdenblatt' in seiner Morgenausgabe vom 27. Mai einen zwei Spalten langen Artikel, der in fettestem Drucke die Aufschrift führte: »Louis de Pilger recte Lars Nielsen. Verhaftung eines internationalen Heiratsschwindlers.« Die letzte Aktion dieses vielgewandten Mannes, deren Schauplatz Wien war, wird in allen ihren Einzelheiten geschildert. Das Sicherheitsbüro habe, heißt es da, am 22. Mai das Folgende ermittelt:

»Im Juni vorigen Jahres war *in einer hiesigen Zeitung ein Inserat* des Inhaltes erschienen, daß ein reicher *mexikanischer Plantagenbesitzer* und auch einige seiner Freunde behufs Heirat Verbindungen mit Mädchen anzuknüpfen wünschen. *Dieses Inserat* beantwortete damals die bei einem hiesigen Privaten als Erzieherin verwendete Alice K. Die Korrespondenz wurde immer reger. Der Adressat stellte sich ihr brieflich als Louis Nelson vor, die Bekanntschaft gedieh soweit, daß sich Alice K. am 9. v. M. auf dem Dampfer 'Kenington' der Red—Star—Linie einschiffte und nach New—York fuhr, um dort mit ihrem präsumptiven Gatten zusammenzutreffen usw.«

Die Wiener Erzieherin hat den ihr durch »eine hiesige Zeitung« vorgestellten Herrn Nielson in New—York geheiratet.

»Nach einer mehrwöchentlichen [mehrwöchigen] Vergnügungstour durch Italien kam er vor ungefähr zwei Wochen nach Wien. Hier ließ er sich durch seine junge Gattin in vornehmen Familien einführen und sich als ihren Gatten und reichen Plantagenbesitzer vorstellen.«

»Sein stetes Bestreben war aber darauf gerichtet, das Aufgabrezepisse über das Gepäck seiner Gattin, das Effekten und Bargeld im Werte von 4000 Kronen enthielt, herauszubekommen. Als ihm dies nicht gelang, schützte er verschiedene dringende Geschäfte

vor und veranlaßte seine Frau, zu ihrer Familie nach Termonde zu reisen, von wo er sie abholen und in die Heimat nach Mexiko bringen werde.«

Indessen war aber der Vortreffliche — offenbar wiederum durch Vermittlung »einer hiesigen Zeitung« — in Beziehungen zu einer andern Wiener Dame getreten, die er veranlaßte, mit ihm nach Kopenhagen zu reisen. Und da er von dort aus telegraphisch um die Einsendung der in einer Wiener Bank erliegenden Wertpapiere seiner neuen Verlobten ersuchte, kam der Schwindel an den Tag, und der treue Inserent »einer hiesigen Zeitung« wurde in Kopenhagen über Ansuchen der Wiener Polizeidirektion verhaftet.

Daß die Ehen, die der mit mehreren Jahren Zwangsarbeit wegen Betrug bereits Vorbestrafte geschlossen, eo ipso ungültig sind, ist der geringste Trost für die unglücklichen Frauen, die das Opfer eines internationalen Heiratsschwindlers und einer hiesigen Zeitung geworden sind. Der internationale Heiratsschwindler ist unschädlich gemacht. Aber die hiesige Zeitung? Sie nimmt nach wie vor täglich unter den Augen des Staatsanwalts Gelder für Heiratsinserate, die sie auf den ersten Blick als schwindelhaft erkennen muß. Und passiert einmal das Malheur, daß ihr einer ihrer treuen mexikanischen Klienten durch eine vorübergehende Verhaftung entrückt wird, so tröstet sie sich mit sechs unscheinbaren Zeilen. Ob der freundliche Leser wohl schon erraten hat, *welche* Zeitung die »hiesige Zeitung« eigentlich ist? Wer's errät, erhält ein Gratisabonnement auf die 'Neue Freie Presse'.

* * *

[Von der »Urania«]

Der Volksbildungsverein muß die Zahl seiner Vorträge einschränken. Aber unsere Arbeiterbildungsvereine gedeihen als Tanzkränzchen lustig fort, und der vielsubventionierten »Urania« scheint es ganz gut zu gehen, seitdem sie mit dem Bildungsgeschäft des 'Extrablatt' und des 'Interessanten Blatts' in Konkurrenz getreten ist. Die Operation von Radica und Dodica hat gezogen, und die Proteste, denen sich sogar liberale Blätter angeschlossen haben, waren vergeblich geblieben, wenn nicht endlich der Pariser Chirurg die Spekulation mit den zu wissenschaftlichen Zwecken angefertigten Photographien verboten hätte. Seither scheint bei der Leitung der »Urania« eine heftige Abneigung gegen die Photographie zu herrschen. Man hat jüngst einer von der Trauerkunde aus Martinique erschütterten Menge Phantasiebilder einer vulkanischen Eruption vorgeführt, die den hellen Neid des Spezialzeichners vom 'Extrablatt' wachrufen mußten. Wer aber wird in Zukunft, wenn der Spezialzeichner wieder einmal irgendwo dabeigewesen sein will, bestreiten können, daß er andere als belehrende Zwecke verfolgt, da doch die »Urania« desgleichen tut? Die neueste Errungenschaft der »Urania« ist ein Vortrag über Automobilismus. Aber darüber unterrichtet auch der Sportteil des 'Neuen Wiener Tagblatt' nicht minder lehrreich, und es ist ein rührender Beweis der Selbstlosigkeit des Sportredakteurs, daß er sich nicht über Konkurrenz beklagt, sondern vielmehr versichert, das Projektionsstück »Automobilismus« dürfte »vor dem großen Automobilrennen Paris—Wien in Sportkreisen besonderes Interesse erwecken«. Zu erwägen wäre nur, ob man die zu einem Panoptikum und zu einem Institut für die Interessen der Sportkreise umgewandelte »Urania« fernerhin mit Gemeindegeldern subventionieren soll. Mindestens müßte die Gemeinde Wien verlangen, daß das Unternehmen ihr auf die Wahl seiner Darbietungen nicht weniger Einfluß zugestehe, als es so bereitwillig den Zeitungen einräumt. Daß die liberale Presse, wenn die städtische Subvention für die

»Urania« nicht mehr zur Gänze in Form von Tantiemen in die Taschen liberaler Redakteure gelangen sollte, über die Bildungsfeindlichkeit des Gemeinderates heftig schreien wird, darf unsere Stadtväter nicht anfechten. Von den Herren, die anstatt bei der Volksverdummung manchmal auch bei der Volksbildung ihr Schäfchen zu scheren trachten, gilt eben das umgekehrte Sprichwort: wenig Wolle, viel Geschrei.



* * *

[Um Klinger's Beethoven]

Die Pforten der Sezession sind geschlossen. »Das Höchste und Beste, was die Menschen zu allen Zeiten bieten konnten, — die Tempelkunst« hatten uns die Herren von der Sezession — so versicherte der Katalog — diesmal zeigen wollen. Wie unvorsichtig just in der Stadt und in der Zeit konfessioneller Kämpfe! Daß es sich um einen Tempel handle, haben ja Mißtrauische, da sie die Gesichter der wenigen wirklich andächtigen Besucher musterten, sogleich vermutet und solche Vermutung durch die Sitte, den Hut auf dem Kopfe zu behalten — und den Hut behielt, auch wer den Kopf verloren hatte —, noch bekräftigt gefunden. Da überdies das 'Deutsche Volksblatt' alsbald meldete, Max Klinger sei jüdischer Abstammung, brach der allgemeine Unwille des antisemitischen Wien über die Sezession herein ... Das liberale Wien benahm sich nicht viel besser. Seit langem hängt hier der Begriff »liberal« viel enger mit Nehmen — von Pauschalien, Inseraten etc. — als mit der ursprünglichen Bedeutung der Freigebigkeit zusammen. Nun ward dem Liberalismus zugemutet, neunzehn Zwanzigstel der Summe, die Klinger für sein Werk verlangt hatte, und, als der Wiener Stadtrat die Beisteuerung eines Zwanzigstels verweigerte, sogar die ganze Summe aufzubringen. Aber das liberale Wien hat außer einer kunstfreundlichen Empörung gegen das stadtväterliche Banausentum nichts aufgebracht. Das Drängen der Herren von der Sezession nutzte nichts. Vergebens hat man mit den Leipziguern gedroht, die schon darauf lauerten, den »Beethoven« für ihre Stadt zu gewinnen, vergebens erzählt, daß »Klinger die Güte hatte, uns eine Frist zu geben, bevor er endgültig Wien verläßt«. Am 1. Mai mußte ein »hervorragendes Mitglied der Sezession« einem Redakteur der 'Wiener Allgemeinen Zeitung' resigniert bekennen: »Die Frist ist vorüber!« Und in den seither verstrichenen Wochen haben — so scheint es — nicht bloß die Leipziger endgültig die Absicht, sondern auch die Wiener Sezessionisten die Hoffnung aufgegeben, Klingers Werk zu erwerben.

Daß es so kommen mußte, ist ernstlich schade. In der Stadt, in der der Beethoven des Herrn Professors Zumbusch allen nichts sagt, hätte der Klinger'sche vielen etwas gesagt. In eine Zelle gleich jener, die hier Überschätzer Canovas einst seinem Minotauruskämpfer erbaut haben, hätte man ihn stellen sollen: da wäre sein Anblick den Profanen und Profanierenden entzogen und für die Bewunderer mächtiger und ungetrübt gewesen. Aber was hat die Sezession dazu beigetragen, daß das Wünschen der Kunstfreunde erfüllt werde? Die Herren, die vorgaben, Klingers Sache zu der ihrigen zu machen, haben in Wahrheit nur ihre eigene Sache zu der Klingers zu machen versucht. Wes Geistes Kind Klingers Beethoven sei, haben aufrichtige Feinde und falsche Freunde gleichmäßig aus seiner Umgebung schließen wollen, und die Wiener Stadtväter, die, sich vom Beethoven abgestoßen fühlten, sind nachträglich durch Herrn Hermann Bahr, die Blechtrompete der Sezession, gerechtfertigt, der jüngst, um seine Meinung über Klinger gefragt, in der Berliner 'Zukunft'

versicherte, er wisse nicht, »was von dieser Wirkung seiner (Klingers) Statue gehört und was die Werke unserer Künstler, die sie umgeben, an Wirkung etwa hinzugefügt haben«. »Ich bin unfähig«, ruft Herr Bahr aus, »sie im Geiste auszulösen und abzutrennen. Ich kann sie mir ohne die Bilder Klimts gar nicht denken«. Und doch verargt die Sippe des Herrn Bahr den kommunalen Machthabern, daß auch diese sich von dem Gedanken an Klimts Bilder bei der Betrachtung einer Plastik nicht freimachen konnten, die Klinger unleugbar ganz unabhängig von der in Wien besorgten Umrahmung geschaffen hat.

Klingers Beethoven verläßt Wien. Das ist nicht, wie uns die Herolde der Sezession einreden wollen, ein Kunstskandal, sondern das ist nur einer der alljährlich wiederkehrenden Klimt—Skandale. Angewidert hat man sich von den großmannsüchtigen Exzessen der Allegoristerei, von jenen Verrenkungen der Körper und des Denkens abgewendet, zu denen wieder einmal begeisterungstaukelnde Schmöcke einen zweifellos hochstehenden und nur zu gern mit der Technik seines Handwerks spielenden Landschaftenmaler aufgestachelt haben. Aber das Publikum sollte nachgerade klüger werden. Man braucht nicht in Empörung zu geraten, wenn Herr Bahr erzählt, Klimt stelle »immer die höchsten Ideale unserer ganzen Zeit« dar, wenn Otto Wagner beteuert, Klimt sei ein »Gigant« und seine Fresken »mindestens 100.000 Kronen wert«. Man kann sogar angesichts der Klimtschen Fresken selbst die Fassung und bei der Lektüre des Katalogs, der sie erklärt, den Verstand behalten. Und wenn der Katalog zu melden weiß, daß der geflügelte Gorilla in einem der Klimt'schen Bilder — Herr Hevesi hielt ihn für einen geflügelten Löwen — der »Gigant Typhoeus, gegen den selbst Götter vergebens kämpften«, sein soll, dann braucht man sich nicht aufzuregen und darf sich, bei der Erkenntnis beruhigen, daß auch die ganze übrige Allegorienmalerei des Herrn Klimt etwas ist, wogegen heute wie seit jeher — Götter selbst vergebens kämpfen. Man lasse Dummheiten sich ausleben. Wir werden auch noch die nächste Ausstellung der Sezession mit dem dritten für die Universität bestimmten Deckengemälde des Herrn Klimt, der uns ach! seine Philosophie, Juristerei und Medizin angetan hat, glücklich überstehen. Und unsere Leiden sind schließlich noch rascher vergänglich als die Werke, die sie uns zufügen. Schon rüsten sich die Tüncher, um von den Mauern des Sezessionsgebäudes die Kaseinfarben, mit denen sie seit Monaten bemalt waren, abzukratzen. Das beklagt höchstens Herr Bahr, der indes, wie man weiß, weder den Lesern der 'Volkszeitung' noch in Österreich etwas zu sagen hat. Hätte er's — so hat er in einem Feuilleton verkündet —, dann »dürfte das Haus der Sezession nie mehr verändert werden«. Ganz zu verwerfen wäre dieser Vorschlag übrigens nicht gewesen. Denn mindestens wären wir, wenn man die Umrahmung des Klinger'schen Beethoven intakt erhalten hätte, vor allen weiteren Veranstaltungen der Sezession bewahrt geblieben. Und man kann auch Herrn Bahrs Behauptung zustimmen, daß die verewigte Beethoven—Ausstellung »ein Monument dieser sehnsüchtigen und *gequälten* Menschen (des heutigen Wien) für alle Nachkommen« gewesen wäre. Aber es ist sicherlich humaner, den Nachkommen unsere Qualen zu ersparen.



* * *

Der unglauwürdige Thomas

Das Nachspiel zum *Goldmark*—Interview und das zum Artikel über »Amra« begaben sich, wie aus Nr. 105 der 'Fackel' bekannt, an Ort und Stelle, nämlich in der 'Neuen Freien Presse'.

Das Nachspiel zum Interview mit Else *Lehmann* wurde neulich in Budapest aufgeführt, woselbst die Truppe des »Deutschen Theaters« zur Zeit Gastvorstellungen gibt. Im '*Budapester Tagblatt*' vom 8. Juni findet sich ein Artikel, der die artige Aufschrift trägt: »Else Lehmann gegen Interviews«. Ein Vertreter des Blattes hat mit der Künstlerin Rücksprache genommen und schreibt:

»Sie hat so gar nichts 'Starmäßiges' und haßt alles, was nach Reklame duftet. *Besonders vor den Zeitungen hat sie eine helle Angst.* Nicht vor der Rubrik, wo ihr künstlerisches Schaffen besprochen wird. Dort bekommt sie nur liebe Dinge zu lesen. Aber *ihr graut vor den Interviews, seit in einem Wiener Blatte ihr Worte in den Mund gelegt wurden, die ihr nicht im Traume eingefallen sind, und Ansichten angedichtet wurden, zu denen sie sich nie bekennen möchte.* — 'Ich habe auch geschworen', sagte Else Lehmann, als sie mir ihr Leid klagte, *'in den nächsten zehn Jahren mich zu keinem Interview mehr herzugeben.* Man kann durch ein paar *mißverständene Worte leicht um seine besten Freunde kommen.* Auch finde ich es unkollegial, für meinen Namen Drucker-schwärze zu beanspruchen, wenn meinen Kollegen nicht dieselbe Ehrung widerfährt.' — — — Als wir Abschied nahmen, sagte die große Künstlerin: 'Ich wiederhole Ihnen, daß ich mich *wenigstens zehn Jahre nicht interviewen lassen werde.*' ... «

Rodin in Wien. Lothar glücklicherweise auch in Wien. Interview am 6. Juni in der 'Neuen Freien Presse'. Nachspiel am nächsten Tag im Sacher-garten, wo Rodin zu Ehren ein Mahl gegeben wurde. Als letzter, schwerster Gang ward dem Künstler, auf französisch zubereitet, die Publikation des Th. Thomas von Freunden serviert. Rodin rang die Hände und schrie nach Speise-pulver. Von Rodin hatte Herr Lothar versichert, daß er nach der Natur arbeite. Aber Rodin versicherte von Herrn Lothar, daß er aus freier Phantasie schaffe ...

Sonntag den 8. Juni, Interview mit der soeben aus Amerika heimgekehrten Frau *Odilon*. Hier ist wohl kein Nachspiel zu befürchten. Höchstens, daß Frau Odilon sich gelegentlich dagegen verwahrt, den ihr von Herrn Lothar in den Mund gelegten Satz gesprochen zu haben: »Und hart neben dem wirklich Eleganten *begegnen* Sie nun drüben auf Schritt und Tritt *das Übertriebene, das Auffällige* um jeden Preis« ...

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS

[Beziehungen zu Rußland]

Diplomat. Wodurch sich eigentlich ein Weltblatt von einem bloßen Wiener Blatt unterscheidet? Ach, »alle Welt«, für die die Wiener Blätter käuflich sind, ist doch gar zu beschränkt. Aber die Käuflichkeit eines Weltblatts kennt keine Schranken und am wenigsten territoriale. Es läßt sich wirklich von jedermann in der Welt kaufen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es

auch in jedem Fall gekauft wird. Die 'Neue Freie Presse' z. B. kann resigniert — stolz und durchaus wahrheitsgemäß behaupten, daß sie für ihre Haltung im Burenkrieg nichts bekommen hat ... Sie wollen wissen, wie es mit den Beziehungen der 'Neuen Freien Presse' zur russischen Regierung steht? Der Berliner 'Vorwärts' hat vor einiger Zeit gemeldet, ein Vertrauensmann der russischen Regierung habe nach dem Attentat auf den Minister Sipjagin ¹ an die 'Neue Freie Presse' und das 'Neue Wiener Tagblatt' die Bitte gerichtet, außer den offiziellen russischen Mitteilungen nichts über die Sache zu bringen. Das 'Neue Wiener Tagblatt' hat die Behauptung des 'Vorwärts' bestritten. Die 'Neue Freie Presse' schwieg. Das will freilich nicht viel sagen. Wohl aber ist das Schweigen vielsagend, das sie seither gegenüber Vorgängen in Rußland, die in der ganzen Welt kommentiert werden, beobachtet. In den Gefängnissen, in denen die russische Regierung die politischen »Verbrecher« unterbringt, wüten wieder, wie zur Zeit der ärgsten Verfolgungen unter Zar Alexander III., die Hungerstreiks. Aber den Lesern der 'Neuen Freien Presse' darf durch die Schilderung des freiwilligen Hungertodes von Studenten der Appetit nicht gestört werden. Die Verfolgung der Arbeiterschaft hat zum Attentat auf v. Wahl ² geführt. Die 'Neue Freie Presse' enthielt außer der offiziellen Depesche keine Zeile über dieses Attentat. Dafür brachte das Blatt am 27. Mai einen Lobeshymnus — auf die Petersburger Polizei. Wenn aber auch all dies eine natürliche Erklärung zuließe, eines ist unnatürlich: Die 'Neue Freie Presse' hat sich gegenüber der Erschwerung des Eintritts jüdischer Handlungsreisender in das russische Reich zu keinem Wort des Protestes aufgeschwungen!

[Von der Mordpresse]

Raubmörder. Welches Blatt man eigentlich halten soll? Die Frage ist, da das 'III. Wr. Extrablatt' und das 'Interessante' in der letzten Zeit so viel von ihrem Kredit verloren haben, schwer zu beantworten. Trachten Sie doch auch in Ihren Kreisen eine Emanzipation von dem Einflusse der Presse durchzuführen! Bedarf's denn immer wieder der Initiative der Zeitungen? Es wäre wahrhaftig beschämend, wenn die Zahl der Raubmorde, die jährlich in Wien begangen werden, nach Ausschaltung der Lektüre des 'Extrablatt' erheblich verringert würde. Ein Blatt, dessen Spezialzeichner ein und dasselbe Zebra zweimal zerfleischen ließ, hat jeden Anspruch verwirkt, in Fachkreisen ernst genommen zu werden. Ein wenig besser ist es um's 'Interessante' bestellt, wenngleich auch dieses Organ sich neustens in der Darstellung simpler Unglücksfälle zu verflachen droht. Aber der Mattherzigkeit unseres Zeitalters scheint nicht einmal dieses Genre mehr zu behagen, und so hat denn neulich die Bergsteigerriege des INNSBRUCKER TURNVEREINES eine Resolution gegen das 'Interessante Blatt' gefaßt, die dieser Zeitung wieder die Sympathie Ihrer Kreise zuführen dürfte. Die Resolution lautet:

»In der ersten Juni—Nummer 1902 brachte das 'Interessante Blatt' in Wien die Abbildung der Aufbahrung zweier auf der Rax verunglückten Bergsteiger, von denen einer auch Mitglied der Bergsteigerriege des Innsbrucker Turnvereines war. Diese Abbildung ist in einer, jeder Menschlichkeit Hohn sprechenden Weise gehalten, deren öffentliche Wiedergabe auf jedes nur im mindesten gefühlvolle Gemüt, ganz besonders auf die näheren Bekannten empörend wirken muß. Um Blättern im Range des 'Interessanten Blattes' in Wien für die GEMEINE GEWERBSMÄSSIGE AUSSCHROTUNG ALPINER UND ANDERER UNGLÜCKSFÄLLE die gebührende Würdigung zu bezeigen,

1 Dmitri Sipjagin, russ. Innenminister, am 15. April 1902 von einem Attentäter erschossen

2 Viktor von Wahl-Surgefer (1840–1915), Stadthauptmann von Sankt Petersburg, stellvertretender Innenminister, † 1915

halten wir WORTE ALLEIN FÜR ZU SCHWACH; wir bedauern es auf das Tiefste, daß sich aus dem Kreise der Wiener Bekannten der zwei Verunglückten Leute gefunden haben, welche die AUF DIE NIEDERSTEN TRIEBE GEMÜNZTE RICHTUNG DES GENANNTEN HINTERTREPPENBLATTES durch die Abgabe von Bildern unterstützten. Wir hoffen und wünschen, daß kein deutscher Turner und Bergsteiger mit diesen SCHANDBLÄTTERN in irgend einer Beziehung steht.«

[Ein Faust—Zitat]

Leser. Am 8. Juni enthielt der Leitartikel des 'Neuen Wiener Tagblatt' ein Gespräch, das ein »Kritiker konservativer Kunstrichtung« mit Herrn v. Hartel geführt hatte. Der Kritiker hatte den Minister gefragt, wie er »über die moderne Kunst urteile«. Der Minister aber sagte: »Die Frage mutet mich an, wie die an Dr. Faustus gestellte: 'WAS ER VON DER RELIGION HALTE'.« — Goethe—Forscher dürfte diese neue Lesart einer Stelle des »Faust« mächtig interessieren, aber den Betrachter modernen Geisteslebens wird vor allem die Untersuchung reizen, ob wir sie dem österreichischen Unterrichtsminister oder dem Kunstkritiker eines der größten Tagesblätter zu verdanken haben. Ein glücklicher Zufall wollte es, daß sich ein Feuilletonist in derselben Nummer des 'Neuen Wiener Tagblatt' zu der alten Lesart jener »Faust«—Stelle, von der ein »konservativer« Kritiker nie hätte abweichen sollen, bekannte. So fragt denn auf Seite 1 Gretchen den Dr. Faustus, WAS ER VON der Religion halte. Aber auf Seite 3 plaudert eine junge Frau über ihr Eheleben und beteuert, ein dutzendmal habe ihr »die variierte Gretchenfrage« auf den Lippen geschwebt: »WIE hältst Du's MIT der Sezession?«

[Er weiß was auf wen]

Beobachter. Sie irren. Es sind zumeist die besten Hausväter und für die Ihren in zärtlichster Weise besorgt. Der Eigentümer eines Wiener Montagsblattes kam neulich freudestrahlend nach Hause und begrüßte seine Gattin mit den Worten: »Rosa, du kannst dir bald ein neues Kleid anschaffen. ICH WEISS WAS AUF WEM!«

[NATURLAUTE]

Zionist. Herr Nordau ist abermals ein Naturlaut entfahren. Zu dem achselzuckenden »KUNSTSTÜCK!«, das ich neulich zitierte, hat sich nunmehr ein kopfschüttelndes »AUSGERECHNET« gesellt. An die modernen Kunstkritiker richtet er am 24. Mai die Frage: »Nun, wo ist die 'Reizsamkeit' geblieben, die AUSGERECHNET das Freilicht forderte und nichts anderes?« — Dieselbe Sprache beherrscht Herr Rudolf Lothar perfekt. In der 'Wage' beginnt er ein Theaterreferat wörtlich folgendermaßen: »Am 1. Oktober 1872 wurde 'L'Arlesienne' in Paris zum erstenmal gegeben und fiel durch. WAS SAGE ICH, SIE FIEL DURCH, ES WAR EIN UNERHÖRTER THEATERSKANDAL ... « Ja, was SAGT er dann, sie fiel durch? Ausgerechnet!

[Rodin und Hevesi]

Snob. Aus der Schilderung, die uns Herr Hevesi Sonntag, den 8. Juni, von der Persönlichkeit Rodins gab, ist nur der eine Satz bemerkenswert:

»Die massive Schädelkuppel erscheint auf den ersten Blick eher etwas klein im Verhältnis. Nacken, Profil und Bart sind zu monumental. Aber DIESE GEDRUNGENE SCHÄDELFORM HAT IHRE LOGIK, WIE DIE FAST SCHLANKE KURVE, WELCHE MICHELANGELO DER KUPPEL SANKT PETERS GAB. Es war ein berühmter Anatom in der Gesellschaft; schade, daß ich ihn nicht darüber interviewt habe.«

Herr Hevesi hatte vorher erwähnt, daß »einige berühmte Professoren der medizinischen Fakultät« an dem Festmahl zu Ehren Rodins teilnahmen. Vielleicht war außer dem Anatomen auch ein berühmter Psychiater darunter? »Es

war gegen Mitternacht«, schließt Herr Hevesi stimmungsvoll, »als die letzten Gäste den Sachergarten verließen. Einige trieben sich aber noch längere Zeit im Prater herum und sahen sich die Nacht an. KLIMT WAR NICHT AUS DEM PRATER HERAUSZUBRINGEN.«

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: Karl Kraus.
Druck von Jahoda & Siegel, Wien, III. Hintere Zollamtsstrasse 3